

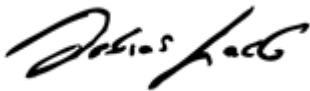
Datum: 15.09.2016 AntragstellerIn: Raab, Tobias SachbearbeiterIn: Simons, Julien E-Mail: fdp-fraktion@saarbruecken.de Telefon: (0681) 905-1745 Telefax: (0681) 905-1747	FDP/0942/16												
Beratungsfolge und Sitzungstermine													
<table border="0"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Gremium</th> <th style="text-align: left;">Sitzungsdatum</th> <th style="text-align: left;">Status</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Haupt- und Wirtschaftsausschuss</td> <td>27.09.2016</td> <td>nicht öffentlich</td> </tr> <tr> <td>Personal- und Rechtsausschuss</td> <td>28.09.2016</td> <td>nicht öffentlich</td> </tr> <tr> <td>Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken</td> <td>05.10.2016</td> <td>öffentlich</td> </tr> </tbody> </table>	Gremium	Sitzungsdatum	Status	Haupt- und Wirtschaftsausschuss	27.09.2016	nicht öffentlich	Personal- und Rechtsausschuss	28.09.2016	nicht öffentlich	Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken	05.10.2016	öffentlich	
Gremium	Sitzungsdatum	Status											
Haupt- und Wirtschaftsausschuss	27.09.2016	nicht öffentlich											
Personal- und Rechtsausschuss	28.09.2016	nicht öffentlich											
Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken	05.10.2016	öffentlich											
Betreff: Eltern seriös entlasten – KiTa-Gebühren gegenfinanziert senken!													
Beschlussvorschlag: Der Haupt- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt Der Personal- und Rechtsausschuss empfiehlt Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Stadtratsbeschlusses vom 11.06.1991, der beinhaltet, dass 25% der Personalkosten im Bereich der Kindertageseinrichtungen auf die Eltern umzulegen sind. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung außerdem, zeitnah darzulegen, welche Gegenfinanzierungsmöglichkeiten durch verwaltungsinterne Einsparungen, beispielsweise durch die Einsparung des Rechtsdezernats nach Ausscheiden des derzeitigen Verwaltungsdezernenten, bestehen.													

Des Weiteren bekennt sich der Stadtrat dazu, sich in der Folge mit den von der Verwaltung erarbeiteten Einsparoptionen befassen, Einsparungen zu beschließen und in einem neuen Beschluss zur Gebührenhöhe eine gegenfinanzierte, spürbar niedrigere Höhe zu beschließen.

Begründung:

Eine Beteiligung der Eltern von 25 % an den Personalkosten der KiTas stellt eine große Belastung dar, die es den Eltern unvereinbar macht, Beruf und Familie unter einem Hut zu bekommen. Damit die Landeshauptstadt Saarbrücken einerseits aktiv die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten kann und andererseits den Wirtschaftsstandort Saarbrücken attraktiv gestaltet muss die Belastung für die Eltern reduziert werden. Diese Belastung wird nicht allein dadurch verhindert, dass man den alten Stadtratsbeschluss aufhebt – auch dann wäre es nämlich noch möglich, dass die Eltern Jahr für Jahr im selben Maße belastet würden. Die Beteiligung der Eltern an den Personalkosten ist vielmehr zu senken.

Um dies verantwortungsbewusst tun zu können, bedarf es allerdings einer ausreichenden und seriösen Gegenfinanzierung. Dazu muss die Verwaltung prüfen, an welchen Stellen Einsparungspotentiale in der notwendigen Höhe gegeben sind. Da die Stelle des Rechtsdezernenten zum nächsten Jahr vakant wird, bietet es sich an, gerade im Bereich des Rechtsdezernats nach Einsparpotentialen zu suchen.



Tobias Raab
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender